

Eine-Welt Gruppen in NRW wollen aus globalen Krisen lernen

Gesellschaft

Schwerte/Münster (epd). Über Veränderungen der Gesellschaft zu mehr Nachhaltigkeit und globaler Gerechtigkeit diskutieren Vertreter von Politik und Gesellschaft bei der „Eine-Welt-Landeskonferenz Nordrhein-Westfalen“ am 12. und 13. März. Unter dem Motto „Durch Krisen lernen“ kommen die Experten aus dem Globalen Norden und Süden zu einer digitalen Tagung zusammen, wie die Evangelische Akademie in Schwerte-Villigst und das Eine-Welt-Netz NRW am Montag in Münster ankündigten. Die Corona-Pandemie, die Klima-Krise und die globale Ungerechtigkeit seien „mehr oder weniger überraschend“ gekommen und hätten nachhaltige Folgen, so die Veranstalter

Zum Auftakt der Konferenz halten den Angaben zufolge der Meteorologe und TV-Wettermoderator Sven Plöger und die philippinische Aktivistin Beckie Malay Impulsvorträge. Auch in den Workshops und Foren seien Referentinnen und Referenten aus afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Ländern vertreten. Am 13. März diskutieren unter anderem der CDU-Bundestagsabgeordnete Hermann Gröhe und die stellvertretende Bundesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Ricarda Lang, über die Frage „Brauchen wir die Krise für eine nachhaltige Transformation?“

Im Eine-Welt-Netz NRW sind rund 3.000 entwicklungspolitisch engagierte Gruppen und 1.500 persönliche Mitglieder zusammengeschlossen. Die Jahreskonferenz wird von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen gefördert.

Klima-Allianz fordert mehr Tempo beim Kampf gegen Klimawandel

In knapp sieben Monaten ist Bundestagswahl. Die 140 Organisationen der Klima-Allianz Deutschland wollen die Wahl zur Klimawahl machen. Hinter ihren 16 Forderungen stünden etwa 25 Millionen Menschen.

Berlin/Düsseldorf (epd). 140 Organisationen aus Deutschland fordern mehr Tempo beim Kampf gegen den Klimawandel. Sie kündigten am Montag in Berlin an, die Bundestagswahl am 26. September zur Klimawahl machen zu wollen. In einem 16-Punkte-Katalog fordern sie unter anderem eine stärkere CO₂-Bepreisung, die Verabschiedung eines Bundesmobilitätsgesetzes und den Ausbau der Erneuerbaren Energien bis 2030 auf 75 Prozent. Dafür soll jedes Bundesland zwei Prozent seiner Fläche zur Verfügung stellen. Der Ausstieg aus der Kohle soll auf 2030 vorgezogen und ein vollständiger Ausstieg aus Öl und Gas bereits in den frühen 2040er Jahre erfolgen. Deutschland sollte Klimaneutralität weit vor 2050 erreichen und bis 2040 anstreben, hieß es.